

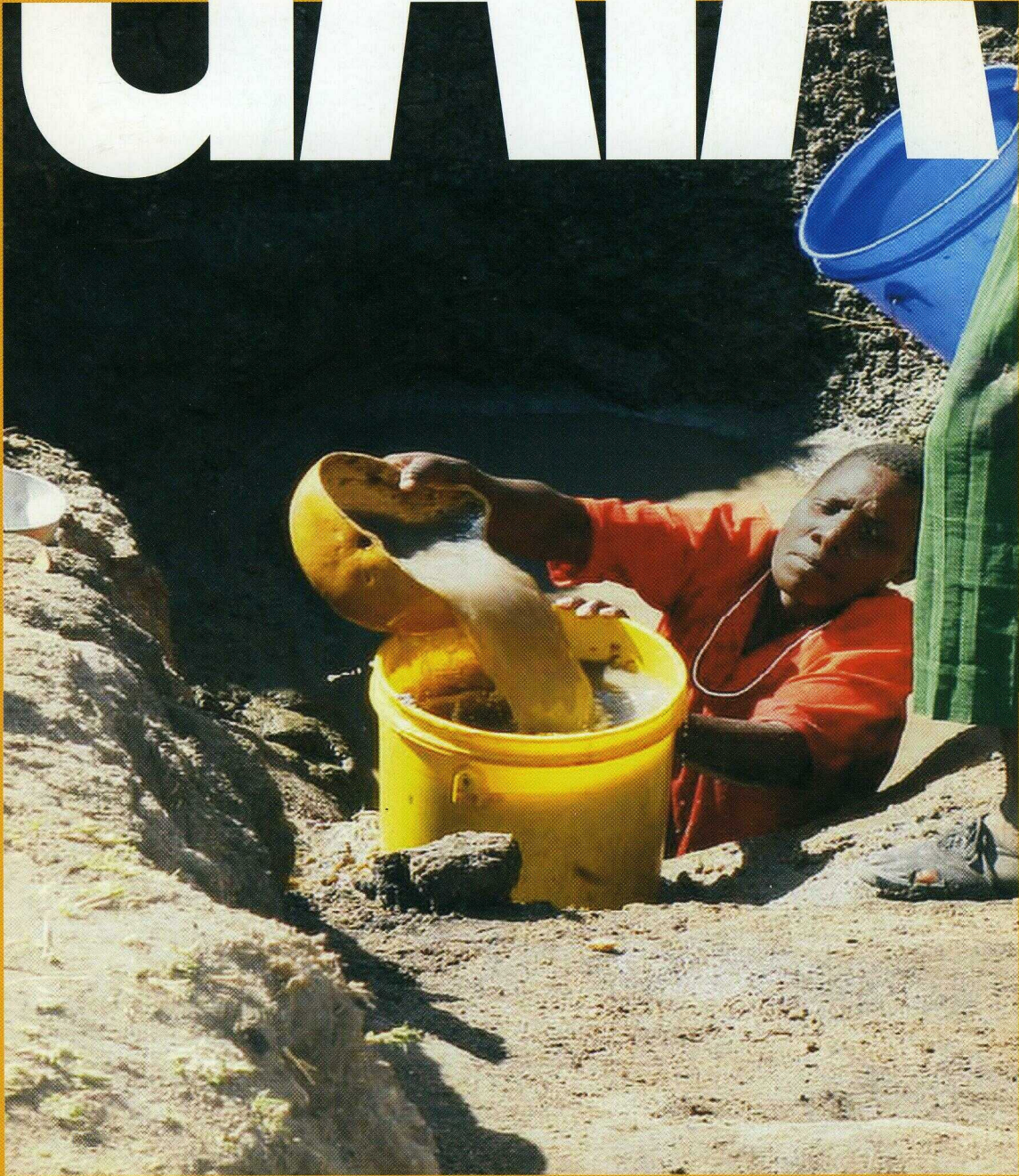
GAIA

4'02

**Ökologische Perspektiven in Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften
Ecological Perspectives in Science, Humanities, and Economics**

GAIA

4/2002
B 54649



heitsanalysen vor der Änderung des Umweltinformationsgesetzes nicht einmal zugänglich. Zudem müssen die nach der geänderten Seveso-Richtlinie für den Gesamtbetrieb zu erstellenden Sicherheitsberichte erst seit dem 3. Februar 2002 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Nachfrage hielt sich bisher in Grenzen.

Häufig wird die Gewährung der Einsicht verweigert mit Hinweis auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnis oder - seit dem 11. September 2001 - auf die öffentliche Sicherheit. Bei erfolgreich erhobenem Widerspruch kann bis zur Einsichtnahme mit erheblicher Verzögerung gerechnet werden.

Schließlich weisen Sicherheitsberichte, wie etwa der von BAYER-Uerdingen, den Standort als nicht hochwasserbedroht aus, oder verweisen, wie im Falle der Untertagedeponie für Sonderabfälle im Bergwerk bei Rheinberg, auf die Existenz eines Deiches um den Schacht, der im Ernstfall abgedichtet werden könne. Nach den Erfahrungen an der Elbe fällt es schwer, an die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu glauben.

Vorsorge aus Sicht der Umweltverbände

Die Forderung nach Renaturierung und Schaffung von Überflutungsflächen ist für die Umweltverbände obligatorisch, doch der Widerstand von Kommunen und Anliegern ist groß.

Es reicht auch nicht, daß diese Räume nur in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden, denn ihre Auswirkungen zeigen sich erst in den Niederlanden. Für die Standorte Frankfurt, Köln oder Leverkusen aber müßten Flächen rheinaufwärts freigehalten werden: Der Rhein hat laut Internationaler Kommission zum Schutz des Rheins nur noch 15 Prozent seiner früheren Überflutungsflächen, die Elbe immerhin 20 Prozent.

Die effizienteste Maßnahme im Hinblick auf die Ansiedlung von gefährlichen Betrieben ist nicht nur nach Meinung des NABU eine entsprechende Bauleitplanung. Diese muß ausreichende Abstände zu Gefahrenquellen und -auswirkungen festsetzen. Für die bereits bestehenden Anlagenstandorte am Rhein kommt sie allerdings zu spät. Daher sollte zumindest bei jeder Erweiterung von Flächen und Anlagen geprüft werden, ob ein weiterer Zubau noch verantwortbar und wie Hochwasser- und anderen Gefahren zum Beispiel Sturm im Ernstfall zu begegnen wäre. Bei bestehenden Anlagen muß in vielen Fällen nachgerüstet werden: Doppelwandigkeit für Tanks und Rohrleitungen ist schon aus Wasserschutzaspekten notwendig. Reaktoren, Gehäuse und Rohrleitungen sind auf ihre Hochwasserbeständigkeit zu prüfen. In Lägern für gefährliche Stoffe sollten zum Beispiel ortsfeste Behälter nicht aufschwimmen können, andere Behälter schnell abtransportierbar sein und Ausweichflächen vorgehalten werden.

Maßnahmen im Störfall

Im Sicherheitsbericht sind auch Maßnahmen für den Eintrittsfall darzustellen. Auf seiner Basis sollen die lokalen Katastrophenschutzbehörden sogenannte externe Alarm- und Gefahrenabwehrpläne erstellen, die unter anderem Warnung, Information und Schutz der Bevölkerung bis zur Evakuierung beschreiben. Doch hierfür fehlen konkrete Vorgaben.

Bedenklich ist zudem die häufig zögerliche, unvollständige oder gar fehlende Information über freigesetzte Stoffe und deren Menge. Diese Angaben werden unter anderem für die medizinische Hilfe, den Trinkwasser- und Bodenschutz und die Verursacherhaftung dringend gebraucht. Sie dürfen nicht weiterhin dem Unternehmenskalkül, der Ignoranz oder schlichtweg dem Vollzugsdefizit zum Opfer fallen.

Ob nun in Bad Münde, an Elbe oder in der Moskauer Oper: konkrete Angaben zu allen freigesetzten Stoffen sind unabdingbar.

Angelika Horster

Uerdinger Straße 746

D-47800 Krefeld

E-Mail: 02151475686@t-online.de

Angelika Horster (geboren 1959): Krankenschwester; Mitglied des NABU; Vertreterin der Umweltverbände in der Störfallkommission und anderen Gremien; seit 1987 ehrenamtlich vorwiegend mit Themen der Chemie und des Immissionsschutzes befaßt.

Flußhochwasser - ein Störfall der Vernunft?

Die Überschwemmungen der Elbe und ihrer Einzugsgebiete, insbesondere in Sachsen und Sachsen-Anhalt und weiter flußab über Magdeburg und Wittenberge hinaus bis Geesthacht, haben in gewohnter Manier den Stoff abgegeben, der der Öffentlichkeit seit mehr als 15 Jahren als "Jahrhundertflut" und "Katastrophe" immer von neuem inszeniert wird: Ganz und gar unerwartbar, plötzlich, so gar nicht vorhersehbar, in nie gekanntem Ausmaß...

Zunehmend dämmert dem Publikum, daß eine abgestandene Farce als Drama ausgegeben wird, hinter der sich Borniertheit und Lernunwilligkeit scharen. Die letzte Katastrophe, die zu massiver Kritik an den zuständigen Behörden führte, war die Flut in Hamburg von 1962. In der langen Spielzeit bis zur Elbe-Aufführung saß das Publikum eher andächtig und glaubte,



Umspannwerk in Freital. (Foto: Mathis Szymczak)

was man ihm rezitierte: Ganz und gar unerwartbar, plötzlich, so gar nicht vorhersehbar, in nie gekanntem Ausmaß...

Der überschwemmte Bahnhof von Dresden, ein klägliches Talsperren- und Staustufen-Management, ein Informieren und Warnen, das den Namen nicht verdient, ein behauptendes Grenzziehen - entlang von Verwaltungsgrenzen und Zuständigkeitsbereichen -, das buchstäblich erst weggespült werden mußte, um durch trübes Wasser Klarheit zu erlangen.

Mißverhältnis zwischen Untersuchungsergebnissen und Umsetzung

Seit mehr als 15 Jahren werden Flußhochwasser untersucht. Das EU-Rahmenprogramm IRMA (*development of spatial planning instruments to improve river flood prevention and awareness*) ließ den Rhein im Gesamtverlauf untersuchen. Die Universität Delft hat ein hydraulisches Gesamtmodell Rhein entwickelt. Es gibt ein "Rhein-Alarmmodell" von IKSR (Internationale Kommission zum Schutz des Rheins) und KHR (Internationale Kommission für die Hydrologie des Rheingebietes), es gibt Beschlüsse von Ministerkonferenzen, Ministerien und Kommissionen, hervorragende integrierte Bewirtschaftungspläne in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg für Neckar und Donau, aber im Oderbruch sind die Häuser dort wiedererrichtet worden, wo sie vor der Flutwelle standen. Papier ist geduldig.

Nach Störfallverordnung (des BundesImmissionschutzgesetzes) haben die Betreiber genehmigungspflichtiger Anlagen eine Schutz- und Vorsorgepflicht, derzufolge Störfälle durch geeignete Vorkehrungen und Maßnahmen zu verhindern und mögliche Auswirkungen so gering wie möglich zu halten sind. Dazu ist eine Sicherheitsanalyse zu erstellen, sind die zuständigen Behörden einzubeziehen und ist die Öffentlichkeit angemessen zu informieren. An diesen Kernstücken ließe sich orientieren.

Gesetzeslücken für Partialinteressen

Leider gelten andere Gesetze. Die Elbe ist keine genehmigungspflichtige Anlage, obwohl man moderne Flüsse kaum mehr als Natur bezeichnen kann, sondern der Sache nach als Betrieb zusammengefaßter Nutzungen: Schifffahrt, Touristik, Trinkwasserreservoir, Abwasserableitung, Freizeit, Erholung, Kühlmittel et cetera. Für jede Nutzung gilt ein anderes Gesetz, ist ein anderes Ressort zuständig. Eine integrierende Abstimmung, gar einen Generalplan gibt es nicht, schon gar keinen, der eine Nutzenbewertung ermöglichte und eine begründete Rangfolge ableiten ließe. Bis hin zur Kontraproduktivität verfolgen die Nutzer ihre *partialen* Interessen, flankiert von den Ressorts, in denen sie sich durch Lobbyismus durchsetzen können. Die eigentliche Aufgabe der Ressorts, aus gewichteten Bewertungen ein Gemeinwohlkonzept zu generieren, dem sich dann die *partialen* Interessen unterzuordnen haben, ist lange vergessen.

Die Kollisionen *partialer* Egoisten und das Vakuum dieses Vergessens sind der Stoff, aus dem die Katastrophen sind. Wenn man nur lange genug versiegelt, staut und kanalisiert, Auen und Retentionsareale zur Nutzung freigibt, auch dort bebauen läßt, wo früher Gebirgsbäche und saisonale Hochwasser kreuzten, wenn man um Gewerbesteuer und Finanzausgleich willen alle Augen zudrückt, wenn man Trassen mit dem Lineal zieht und nicht historische Karten zuzieht, wenn man auf eine *Gefährdungskartierung* sogar ganz verzichtet, wenn man im Alltagsbrausen ganz und gar vergißt, daß ein Fluß keine Wasserstraße ist, sondern ein vitales Netzwerk aus Hunderttausenden von Quadratkilometern zusammenwirkender Fließkräfte, dann endlich wird Katastrophe so richtig gut.

Mangel an systematischer Vorbereitung

Und Katastrophenschutz? Eine wahrlich erbärmliche Veranstaltung. Nicht der Millionen Menschen wegen, die freiwillig und ehrenamtlich wirken und sich um des Nächsten willen die Seele aus dem Leibe arbeiten, sondern um der systemischen Dummheit wegen, die auch im 21. Jahrhundert noch suggerieren will, man komme mit dem Nach- und Wegräumen der Trümmer, der Feuerpatsche, dem Sandsack aus. Nein, moderne Gesellschaften sind Prozeßabläufe, die auf Stetigkeit, Unterbrechungsfreiheit, Reibungslosigkeit beruhen. Sie hängen von "Leitungen" ab, wie der Mensch von Nerven- und Blutbahnen: von Elektrizität, Kommunikation, Verkehr, Gas, Öl. Selbst das Erzgebirge ist inzwischen von einer globalen *Just-in-time*-Struktur abhängig. Auch dort bleiben die Computer und Autos stehen, wenn sie nicht mehr mit Ersatzteilen versorgt werden, wie das Erdbeben von Kobe der Welt schlagend bewies. Auch innerdeutsch wird ein Schuh daraus. Was nützt uns der Aufbau Ost, wenn wir seine Leistungen noch vor dem ersten Abschreibungszyklus versenken und damit ganze Regionen auf Start zurücksetzen. Monopoly durch Katastrophenphilie?

Was ist Katastrophe, was Störfall? Vielleicht läßt sich eine gedankliche Radikalisierung angesichts realer Wertevernichtungen ganz unpolemisch nachvollziehen. Nicht Tausende Liter Niederschlag pro Fachen- und Zeiteinheit sind eine Katastrophe, sondern die Unfähigkeit der betroffenen Flächennutzer, von diesem Niederschlag nicht niedergeschlagen zu werden. Der Standpunkt mancher Naturwissenschaftler, so viel Regen sei eine Naturkatastrophe, ist borniert, weil längst empirisch widerlegt, und selbst in Deutschland. Die sogenannten Schneekatastrophen in Norddeutschland 1978/1979, die ganze Bundesländer für Tage lahmlegten, führten bei gleichen Niederschlagsmengen in Skandinavien nur zu viel Schnee. Ob ein Erdbeben eine Katastrophe wird, hängt von der Bodennutzung, der Besiedelung, der Bebauung, der Bauweise, der Materialien, der Infrastruktur, den "*life-lines*" (in den USA sind bis zu zwei Drittel aller *Erdbebenschäden* (sic!) durch Folgebände verursacht), dem Warn- und Kommunikationssystem und der Vorbereitung (*preparedness*) ab, nicht vom Schubbern tektonischer Platten. Die Katastrophe besteht also darin, daß das Kulturelle den Herausforderungen, auf die es stieß, nicht gewachsen war. Man könnte Katastrophen auch als "*Real-Falsifikation*" bezeichnen: sie sind die faktische Widerlegung unserer Hypothesen über die Welt. Sie zeigen uns, was wir nicht bedacht, nicht beplant und nicht richtig angewandt haben. Diese aufgezeigten Fehler sollten dann aber aufgegriffen und in bessere Praxis umgesetzt werden, statt permanent die alte Farce neu zu inszenieren.

Das ist dann der Störfall: Die Katastrophe als Störung einer lernunwilligen "Normalität" aufzufassen, statt die Normalität als genehmigungspflichtige Anlage, die permanent besser geplant, überwacht und auf Sicherheit hin optimiert werden muß.

Wolf R. Dombrowsky

Katastrophenforschungsstelle
Christian-Albrechts-Universität Kiel
Olshausenstraße 40, D-24098 Kiel
E-Mail: wdombro@kfs.uni-kiel.de
www.kfs.uni-kiel.de

Wolf R. Dombrowsky (geboren 1948): Studium der Volkswirtschaftslehre, Geschichte und Soziologie an den Universitäten Kiel und Bielefeld; Leiter der Katastrophenforschungsstelle der Christian-Albrechts-Universität Kiel.